

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

27.5.1922 (No. 122)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabat, der als Klassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

31. Mai und internationale Anleihe.

Unter dieser Überschrift wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ unter dem 26. Mai von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben: Das Kaiserreich des verhängnisvollen Datums des 31. Mai, an dem Frankreich mit militärischen Sanktionen droht, wenn Deutschland seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt, hat das allgemeine Interesse völlig von Genua abgelenkt und ganz auf die Reparationsfrage, auf die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Hermes in Paris und auf die damit aufs engste zusammenhängende Frage hingedrängt, ob es uns gelingen wird, den Weg für eine auswärtige Anleihe zu ebnen und eine solche in absehbarer Zeit flüssig zu machen.

Aber die Pariser Verhandlungen ist zu sagen, daß beide Teile versprochen hatten, strengstes Stillschweigen zu bewahren. Und wir wollen nicht die ersten sein, dieses Stillschweigen zu brechen. Man kann auch mit gutem Gewissen versichern, daß alles, was bisher an Einzelheiten aus diesen vertraulichen Verhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, nur Beachtung verdient als Gradmesser für die Stimmung, welche in den verschiedenen Kreisen dem ganzen Reparationsproblem gegenüber herrscht.

Sagen darf man allerdings, daß die Verhandlungen eher einen günstigen Verlauf genommen haben und daß, wie der durch seine engen Beziehungen zum Quai d'Orsay bezugsfähige „Reich Parisien“ sagt, die Standpunkte sich einander näherten. Schon daß die Verhandlungen bis zum heutigen Tage fortbauerten, beweist, daß sie trotz allem gegenseitigen Gerodes der Pariser ökonomischen Presse nicht ganz ohne Ergebnis geblieben sein können. Obendrein darf man nicht vergessen, daß man es in Paris zunächst nur mit Vorberhandlungen zu tun hat, zu deren Ergebnis das Reichskabinett erst nach der heute erfolgenden Rückkehr des Finanzministers Stellung nehmen wird.

Wie die allgemeine politische Lage sich heute präsentiert, ist es erlaubt anzunehmen, daß wohl überall im Inland wie im Ausland und auch wohl im Schoß der Reparationskommission, mit der Finanzminister Hermes unterhandelt, die Meinung durchgedrungen ist, daß Deutschland eine Anleihe braucht. Doch ist vor einem übergroßen Optimismus in dieser Frage gleichwohl noch zu warnen. Denn die Folgerungen, die aus der allgemeinen anerkannten Tatsache gezogen werden, sind immer noch sehr verschieden. Und die Pariser Hauptwirtschaftliche Presse bekommt es sogar fertig, die eventuellen Geldgeber einbringlich vor dem Experiment zu warnen und ihnen die Gefahren zu schildern, denen ihr Geld in Deutschland ausgekehrt wäre. Wobei sie soweit geht, daß sie ihre eigenen Wünsche auch der deutschen Industrie unterschiebt und behauptet, daß die deutsche Industrie sich bemühe, die Anleihe zum Scheitern zu bringen.

In den Finanzkreisen Londons und wohl auch in denen New Yorks ist freilich das Interesse für die Anleihe an Deutschland außerordentlich rege. Und es wird jeden Tag deutlicher, daß man dort diese Frage ebenso wie die ganze Reparationsfrage mit ihrem Anhängsel drohender Sanktionen wesentlich anders ansieht als in Paris. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß neuerdings die gesamte angloamerikanische Welt in ihrem Bedürfnis nach Schaffung klarer und allgemein nützlicher wirtschaftlicher Verhältnisse und nach Wiederaufbau des Handels Paris mehr oder weniger bedrängt. Und es ist klar, daß Morgan und Kahn nicht umsonst gerade in Paris abgestiegen sind. Sie paden den Stier bei den Hörnern. Denn in Paris sind die Hauptwiderstände gegen ihre Aktion zu erwarten die auf endgültige Beseitigung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges gerichtet ist. Selbst Belgien scheint eine kleine Schwankung vorzubereiten und nur mit sehr gemischten Gefühlen einem Entmarfch der Franzosen ins Ruhrgebiet entgegenzusehen, der das ganze Reparationsproblem wieder umwerfen und die Anleihe an Deutschland bis in ungewisse Zeit verschoben würde. Und dieses Mißbehagen geht bis in die Kreise der belgischen Delegation bei der Reparationskommission die von Delacroix geführt wird. Denn es scheint dort die Auffassung an Gewicht zu gewinnen, daß sich Frankreich und Belgien bald entscheiden müssen, ob sie mit der ganzen Welt die Sanierung der vom Kriege zurückgelassenen Schäden betreiben, oder selbständig und gegen den Wunsch und Willen der anderen Alliierten militärische Streifzüge unternehmen wollen, die nur Schäden stiften, die Gemüter rettungslos verbittern und weniger als nichts einbringen.

Unter diesen Umständen ist das brennende Interesse ver-

ständlich, das in der Reichshauptstadt nicht nur den beginnenden Beratungen des Pariser Anleiheauschusses, sondern auch der Frage entgegengebracht wird, welches Ergebnis die Vorberhandlungen des Finanzministers Hermes in Paris und die zahlreichen damit im Zusammenhange stehenden und die Wichtigkeit der Pariser Verhandlungen beweisenden Kabinettsberatungen in Berlin haben werden.

Das Interesse wurde erhöht durch die enge Fühlungnahme des Reichskanzlers mit den verschiedenen Parteiführern, deren Meinung über die durch die Reparationsverhandlungen entstandene Lage er hören wollte.

Auch diese Besprechungen waren streng vertraulich, ebenso wie die Kabinettsberatungen und die unausgeseht bis zum letzten Tage an Hermes nach Paris gegangenen Instruktionen. Trotzdem will man allerlei erfahren haben über Unstimmigkeiten zwischen dem Kabinett und unserem Unterhändler in Paris, der seine Instruktionen überschritten hätte, und darüber hinaus sogar über eine Kanjlerkrise.

Wie der Leser bereits weiß, berichtete nämlich gestern abend eine Berliner Telegraphenagentur, daß es eine tiefstehende Differenz zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichskanzler gäbe, daß der Kanzler mit seinem Rücktritt gedroht, diesen dann aber bis zur Rückkehr des Reichsfinanzministers verschoben habe. Man darf dazu sagen, daß der wirkliche Stand der Dinge von der Agentur falsch dargestellt und sensationell aufgebauscht worden ist. Daß über die so ungemein verwidelt und schwierige Reparationsfrage nicht alle Kabinettsmitglieder dieselbe Meinung haben werden, ist selbstverständlich, zumal, worauf mit Recht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hinweist, Dr. Wirth und Dr. Rathenau in Genua waren, als Dr. Hermes abreiste, also eine unmittelbare Aussprache nur zwischen letzterem und dem in Berlin verbliebenen Kabinettsmitglied möglich war. Auch darf man nicht vergessen, daß Hermes gar keine endgültigen Verpflichtungen eingehen konnte, die zu der Krise Anlaß gegeben haben würden. Man warte also in Ruhe die Entwicklung der Dinge ab.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt vom Freitag abend:

Die Nachmittagsitzung des Auswärtigen Ausschusses begann um 6 Uhr. Von der Regierung waren Dr. Wirth, Dr. Rathenau und Dr. Hermes erschienen. Dr. Hermes erstattete eingehenden Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit der Reparationskommission in Paris. Von den Mitgliedern aller Parteien wurden darauf an die Reichsregierung Fragen gestellt, die von ihr beantwortet wurden. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt. Zu einer sachlichen Aussprache kam es nicht, weil man erst die Antwort aus Paris abwarten wollte. Der Auswärtige Ausschuh tritt am Samstag um 10 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht abermals das oberösterreichische Abkommen, sowie Fortsetzung der Besprechung über die Verhandlungen in Paris.

Badische Wochenrückblicke.

Die Ursachen der Teuerung in Baden.

Die geradezu exorbitant anmutenden Teuerungszustände in unserem Lande erregen allmählich auch außerhalb Badens die Aufmerksamkeit volkswirtschaftlich interessierter Kreise. Vom Standpunkt der gesamten Verbraucherschaft aus kann man diese Tatsache nur begreifen. Ist doch die Annahme wohl berechtigt, daß die Erkenntnis der außergewöhnlichen Notlage, in der sich unser Grenzland befindet, ein Erkenntnis, die vielfach noch nicht genügend durchgedrungen ist, in Berlin und anderwärts auch die entsprechende Bereitwilligkeit auslösen wird, diese Lage nach Möglichkeit zu berücksichtigen und zu erleichtern. In diesem Sinne lasen wir mit besonderem Interesse einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der sich mit der Teuerung in Baden befaßt und sowohl von seiner objektiv abwägenden Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse willen, als auch deswegen Beachtung verdient, weil er die teilweise, besonderen Ursachen der mickligen Verhältnisse, unter denen unsere Bevölkerung je länger desto fühlbarer leidet, in eingehender und zutreffender Weise würdigt. Der Verfasser stellt eingangs seiner Ausführungen an Hand eines Vergleichs der badischen Indexziffer mit der des Reichs — die letztere stieg im März bekanntlich um 15,7, die badische um 23,1 Prozent! — fest, daß selbst in den günstigsten gelegenen badischen Landesteilen die Preise für alle Lebensbedürfnisse eine Höhe erreicht haben, die die meisten badischen Städte in die Reihe der teuersten des Reichs rücken. Die daraus sich ergebende Situation stellt sich ihm folgendermaßen dar:

Die wachsende Sorge der Angestellten und Arbeiter fast aller Kategorien äußert sich in Lohnkämpfen und Demonstrationen, die den Gegnern der demokratischen Regierung willkommenen Gelegenheit zu immer steuflösserer Agitation in diesen Kreisen geben. Die übrige Bevölkerung — Baden ist bekanntlich stets ein wohlhabendes, doch nie ein reiches Land gewesen, und die großen Vermögen sind auch jetzt

nach selten — versucht, sich unter fast reißender Opferung beweglichen Besitzes dem unheilbaren Zustand anzupassen. Und so ist das Leben der zahlreichen Pensionäre, älterer Rentner und der Angehörigen der freien Berufe nichts anderes mehr als die verzweifelte Hinausschiebung eines tragischen Endes; denn die Arbeitsmöglichkeiten sind in einem kleinen Lande für den nicht Vollerwerbsfähigen noch geringer als in einem größeren, und auf dem Lande und in der kleinen Stadt fehlen sie fast ganz.

Die letzten Gründe für die besondere Teuerung in unserem Lande, das vor dem Kriege als einer der billigsten Bezirke in Deutschland galt, erblickt der Berichtsteller — und seine Meinung deckt sich darin vollständig mit der unseren — in der geographischen Lage Badens. Er führt zum Beweise dafür eine Reihe sprechender Beispiele an, aus denen hervorgeht, wie sehr Baden zum Ausverkaufsbereich geworden ist. So erwähnt er, daß der Schweizer für eine in seiner Heimat nicht einen Tag ausreichenden Summe bei uns tagelang ausgezehrt leben könne, so daß Schweizer Arbeitslose hier ihre tägliche Unterstüfung von sieben Franken zu bezehren pflegen, daß Südbaden auch heute noch trotz aller Zollkontrolle von ausländischen Aufkäufern überschwemmt wird, so daß erst kürzlich wieder der Börtcher Geschäftsleute wegen Warenmangels zeitweise ihre Läden schließen mußten. Dieselbe Erscheinung haben wir, wie der Leser weiß, auch früher schon in Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und zahlreichen anderen Orten längs der Grenze und im Schwarzwald erlebt. Wenn auch Wirt und Geschäftsleute diesen Zustand „nur bedingt als unangenehm empfinden mögen“, der größere Teil der Bevölkerung fühle sich durch ihn doch probiziert, doppelt probiziert, weil viele der ausländischen Besucher zu dem Schaden, den sie ihr zufügen, auch noch talloses Benehmen gefellen.

In der Tat haben sich gerade in jüngster Zeit wieder die Beschwerden über das anwachsende prokhe und beleidigende Verhalten mancher valustarcker Ruhmieser des deutschen Wirtschaftslebens gehäuft, und man kann es völlig begreifen, wenn die Bevölkerung diesen Gästen keine besonderen Sympathien entgegenbringt.

„Regierung, Fachverbände und Preisprüfungsstellen“, heißt es dann weiter, „sind zwar dauernd bemüht, für alle erträgliche Auswege aus dieser Misere zu finden, aber immer wieder begegnen sie neuen Schwierigkeiten. In bester Absicht gegebene Vorschriften erwecken Mißtrauen und Abwehr der Interessentenverbände. Die Schweiz möchte den kleinen Grenzverkehr bis Freiburg ausgedehnt wissen, und Frankreich sträubt sich gegen eine strengere Kontrolle an den Übergängen zum besetzten Gebiet. Es ist begreiflich, daß die badische Regierung nur sehr ungern den Grenzrahmen erweitern würde. Schon jetzt wird die Banneile von vielen Schweizern ohne genügenden Ausweis überschritten. Freiburg ist ihnen ein beliebter Ausflugs- und Auslaufort geworden und nicht selten werden die Reisen bis Baden-Baden und Karlsruhe ausgedehnt, denn man kann für die gleiche Summe, für die man in der Schweiz 17 Kilometer fährt, in Deutschland fast 180 Kilometer weit fahren, und so beñnt man denn seine Reise weit über das badische Land hinaus, darauf vertrauend, von Fremden- und Zugkontrolle nicht erwischt zu werden.“

Im Zusammenhang damit legt der Artikel dann die Berechtigung der zurzeit ausgeübten härteren polizeilichen Fremdenkontrolle dar, die in der letzten Aprilwoche beispielsweise allein in Mannheim zur Verhaftung von sieben wegen Diebstahls, Raubes, Betrugs und ähnlicher Delikte gesuchten Herrschaften führte, und die angesichts der Zunahme der Verbrechen und des Schiebertums auch auf dem Lande notwendig erscheine. Im übrigen sind, wie schon aus der dieser Tage erschienenen Notiz „Fremdenverkehr“ der „Karlsruher Zeitung“ zu ersehen war, die Kontrollvorschriften, die eine Ergänzung der bestehenden Bestimmungen über den Aufenthalt von Ausländern darstellen, keineswegs so weitgehend, daß dadurch der Fremdenverkehr in einer für die badische Fremdenindustrie nachteiligen Weise beeinflusst werden könnte.

Vielleicht haben die Ausführungen des Frankfurter Blattes nicht nur den einen Erfolg, auch einmal der außerbadischen Öffentlichkeit die besonderen Schwierigkeiten unserer Ernährung vor Augen geführt zu haben, sondern auch den weiteren, manchen der heute über die vermeintlichen Kontrollschikanen schimpft, zum ruhigen Nachdenken und zu gerechterer Beurteilung der von der Regierung sicherlich nicht zu ihrem bloßen Vergnügen ergriffenen polizeilichen Maßregeln zu veranlassen!

Die Koksnot in Baden.

Das blutigerische Vorgehen der Entente droht dem deutschen Wirtschaftskörper neue Schädigungen zuzufügen. Diesmal handelt es sich um den für Industrie und Hausbrand so dringend nötigen Koks, der von der Entente in einem Maße angefordert wird, das u. a. die Versorgung zahlreicher Industrien mit dem unerläßlichen Brennstoff schwer gefährdet und unter Umständen Produktionsstörungen oder gar Betriebsbeeinträchtigungen herbeiführen wird. Und wieder ist es Baden, das von dieser Gefahr am härtesten bedroht wird. Wäßen doch von rund 2 Millionen Tonnen der monatlichen Gesamtkokserzeugung im Ruhrgebiet (die fast ausschließlich für Baden in Betracht kommt) neuerdings 600 000 Tonnen an die Entente geliefert werden. Da die Möglichkeit einer entsprechenden Produktionssteigerung nicht besteht und auch die gerechtesten Verteilungsmaßnahmen keinen Ersatz für den entfallenden Ausfall zu schaffen vermögen, beruht die Hoffnung einer Besserung der Lage in der Hauptsache darauf, daß es den zuständigen Reichsstellen gelingt, die Koksforderung der Entente auf ein für uns erträgliches Maß zurückzuführen. Im Interesse der Verbraucher hoffen wir, daß ihre dahin abzielenden Bemühungen von Erfolg begleitet sein mögen.

Mit einer Beilage: 53. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Politische Neuigkeiten.

Die Wirtschaftsprobleme in Genua.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gab Reichswirtschaftsminister Schmidt einen Überblick über die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission auf der Genueser Konferenz. Er betonte, daß diese Verhandlungen fast ausschließlich eine weit größere Bedeutung zukomme, als dies bisher bei dem überwiegenden Interesse der Berichterstatter an dem rein politischen Fragen zum Ausdruck gekommen sei.

Einleitend besprach er die wirtschaftliche Lage der einzelnen europäischen Staaten. Die wirtschaftspolitische Situation der südosteuropäischen Agrarstaaten kann im ganzen als günstig bezeichnet werden, während umgekehrt die großen Industrieländer unter der Zerreißung des europäischen Wirtschaftszusammenhangs besonders empfindlich leiden. Auch die wirtschaftliche Stellung, Nationalismus oder Pazifismus, erweist sich in erster Linie begründet durch den Grad des Interesses der einzelnen Staaten an der Produktion und Aufnahmefähigkeit der anderen Länder. So muß ein wesentlicher Grund für die Aggressivität der französischen Politik darin gesehen werden, daß Frankreich nach seiner wirtschaftlichen Struktur in verhältnismäßig geringem Grade von der Wirtschaft anderer Länder abhängt. Rußland kann, wie die Genueser Verhandlungen gezeigt haben, sich aus eigener Kraft nicht mehr emporheben. Die russische Wirtschaft bleibt auf Jahre hinaus darauf angewiesen, von den westlichen Staaten mit Geld und Produktionsmitteln unterstützt zu werden. Die Sowjetregierung hat diesen Zustand klar erkannt und ist bereit, diesen Verhältnissen durch erhebliche Modifizierung ihres inneren Wirtschaftsproblems Rechnung zu tragen. Es steht ja außer Zweifel, daß das westeuropäische Kapital an der russischen Wirtschaft nur unter rein kapitalistischen Formen beteiligt wird. Soweit es die Rücksicht auf die innerpolitische Stimmung des russischen Volkes erlaubt, ist die russische Regierung bereit, sowohl auf industriellem wie auf agrarischem Gebiet die erforderlichen Konzessionen an das westeuropäische Wirtschaftssystem zu machen. Selbstverständlich wird die russische Regierung sich alle Mühe geben und wird dabei Deutschland an ihrer Seite finden, eine Kolonisierung Rußlands zu verhindern.

Die einzelnen Probleme, mit denen sich die wirtschaftlichen Verhandlungen in Genua befassen, haben ihre Niederschläge in einer Anzahl von Leitfäden gefunden, die schließlich vom Plenum der Konferenz zum Beschluß erhoben wurden. Sie beziehen sich einmal auf Fragen der Ein- und Ausfuhr und der allgemeinen Zollpolitik. Es herrschte grundsätzlich Einverständnis darüber, daß das System des Wirtschaftskrieges, das innerhalb Europas den politischen Krieg überdauert, grundsätzlich als schädlich anzusehen ist. Die Erschwerungen des internationalen Warenaustauschs sollen daher, soweit das die Interessen der nationalen Produktion und der Versorgung des inneren Marktes ermöglicht, baldmöglichst abgebaut werden. Von einigen Staaten war die Forderung einer völligen Freiheit des Rohstoffverkehrs in den Vordergrund gerückt worden. Die hierüber gefassten Beschlüsse tragen den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft in vollem Umfange Rechnung. Von deutscher Seite war von Anfang an die einseitige Weisbegünstigung des Versailler Vertrages als einziges Hauptziel der nationalen Wirtschaft in den Vordergrund gestellt worden. Deutschland sah sich bei diesem für seine künftige Handelspolitik entscheidenden Vorstoß unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer. Insbesondere England bekannte sich uneingeschränkt zu den liberalen Theorien seiner Vergangenheit. Trotz eines entschiedenen Protestes Frankreichs wurde schließlich auch das Bestehen des Handelsvertrages mit dem Ziele allgemeiner Weisbegünstigung als Hauptforderung in die Beschlüsse aufgenommen.

Neben der Frage des Dumpings wurden noch einige wichtige Probleme der internationalen Wirtschaft recht eingehend erörtert. Vor allem die Frage des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums, des Fremdenrechts und des Patentswesens. Wenn auch all diesen Beschlüssen vorläufig nur eine moralische Kraft innewohnt, so bedeuten sie doch gerade für Deutschland einen erheblichen Fortschritt. Wenn Deutschland in der nächsten Zeit mit einer großen Anzahl von europäischen Staaten Handelsabkommen abschließen wird, so werden ihm die Beschlüsse der Genueser Konferenz eine überaus wertvolle Grundlage für seinen Wiedereintritt als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft sein. Die Verhandlungen des Ausschusses wurden im übrigen für vertraulich erklärt.

Lloyd George vor dem Unterhaus.

Lloyd George sagte in seiner bereits gemeldeten Rede zum Schluß: Dann werden die Grenzfragen gelöst werden, und zum ersten Mal wird man den Frieden in Europa haben. Auf der Konferenz gab es nichts Auffallenderes als den Wunsch und die Leidenschaft der dort vertretenen Nationen, den Frieden zu haben. Wenn irgend etwas nach einem Bruch ausfah, war ihre Unruhe ganz augenfällig. Wir, die wir hier Hunderte von Meilen entfernt sind, mit dem Meere zwischen uns und dieser Unruhe, können uns hier leicht ruhig fühlen. Die Sache ist aber ganz anders, wenn man hinter einem passierbaren Strom und einem See anderthalb Millionen bewaffneter Revolutionäre steht mit einer hungrigen Bevölkerung hinter ihnen. Das muß ein Gefühl der Furcht, ein Gefühl der Unsicherheit geben.

Ich werde nicht sagen, ob Genua schließlich einen Erfolg bedeutet. Ich glaube, die Konferenz brachte schon große Dinge zustande. 24 Nationen sind zusammengekommen, um ihre Unruhen, Schwierigkeiten, Streitigkeiten und Befürchtungen zu besprechen und wirkliche Anstrengungen zu unternehmen, zu einem Einverständnis zu gelangen, Nationen, die jahrelang vorher nicht zusammengekommen waren und in tödlichem Konflikt mit einander lagen. Wenn Genua mit einem Mißerfolg enden sollte, würde die Lage Europas in der Tat tragisch sein. Die Verkehrskanäle würden durch künstliche Beschränkungen verstopft, der Handel zum Stillstand gebracht werden und die Streitigkeiten zwischen den Nationen, mit der wir weiß, was für einem großen Konflikt enden. Wenn aber Genua auch nur teilweise Erfolg hat, wird sehr viel für den Frieden Europas getan sein, und von da aus werden weitere Fortschritte gemacht werden können. Wir brachten einen Waffenstillstand zwischen den Nationen und Heeren zustande, die sich gegeneinander aufstellten, um gegeneinander loszumarschieren. Wenn wir weitergehen und ein Abkommen zustandebringen können durch Zusammenarbeit dieser großen Nationen Europas, so wird die psychologische Wirkung unmittelbar und unberechenbar sein, wie Frühlingshauch auf einem Kontinent, der unter einem langen strengen Winter leidet. Deshalb ist die britische Delegation stolz darauf, daß sie führenden Anteil nahm an dem Kampfe um die hohen Ideale, die immer mit der großen Konferenz von Genua verknüpft sein werden.

Unter lauten Beifallsbezeugungen nahm Lloyd George darauf seinen Platz wieder ein.

Als Antwort auf die Reden von Cecil, Asquith und anderer hielt Lloyd George eine zweite Rede, in der er sagte, er sei bestrebt gewesen, nichts zu tun, was der deutschen Regierung Schwierigkeiten machen könnte. Am Dienstag vor Ostern wurde sogar Deutschland auf der Grundlage vollkommener Gleichheit mit den anderen Nationen in die wichtigen politischen Kommissionen und Unterkommissionen eingereiht. Drei Tage aber, bevor das Werk der Konferenz sich überhaupt entwickeln konnte, habe Deutschland mit den Russen ein Sonderabkommen hinter dem Rücken Englands geschlossen. Wollte irgend jemand sagen, daß das gerechtfertigt war durch irgend etwas, was auf der Konferenz geschehen ist, nachdem Deutschland auf den Standpunkt vollkommener Gleichheit auf der Konferenz gestellt worden war?

Natürlich ist ein ernsthaftes Mißverhältnis mit Frankreich eines der verhängnisvollsten Ereignisse, die für den Frieden Europas eintreten können. Ist es aber wirklich ernsthaft, den Franzosen zu erklären: Wir haben nicht die Pflicht, mit euch zu irgend einer Mißbilligkeit zu kommen, wenn wir in unserem eigenen Herzen entschlossen sind, nicht zuzustimmen, sofern etwa Frankreich fortfährt, die Reparationen zu erzwingen oder wenn Frankreich ein Abkommen vorschlägt zur Verteilung seiner Grenzen, oder wenn wir entschlossen sind, Frankreich nicht zu unterstützen, sondern ihm Widerstand zu leisten, wenn es verlangt, daß das Geld, das Deutschland ihm schuldet, bis auf den letzten Pfennig bezahlt werden muß?

Dann ging Lloyd George auf die Rede Asquiths ein und sagte, Amerika wäre nicht nach Genua gekommen, selbst wenn Asquith es eingeladen hätte. Frankreich würde die Reparationsfrage nicht distanzieren haben, selbst wenn Asquith an der Spitze der Regierung gewesen wäre. Frankreich hat in dieser Hinsicht eine neue unbestimmte Politik. Was würde Asquith getan haben? Hätte er etwa gesagt, daß England über den Frieden mit Rußland nicht reden wolle, bis sich die Reparationsfrage mit Deutschland geregelt hätte und bis Amerika in Genua gewesen wäre? Wenn das die rechte Politik war, warum ist das nicht erklärt worden, bevor wir nach Genua gingen? Man kann die Reparationsfrage nicht regeln, ohne die Zustimmung Frankreichs und man kann nicht dahin kommen, wenn man den Versailler Vertrag beipflichtet und erklärt, daß man vorwärts gehe, ob man nun Frankreich auf seiner Seite habe oder nicht. (Beifall bei den Ministerialen). Lloyd George schloß mit Nach-

druck: Ich möchte mit der französischen Demokratie zusammenarbeiten; aber wir müssen für den Frieden von Europa zusammenarbeiten. Nach diesem Grundsatze sollten wir für dies Ziel mit ganzem Herzen ebenso mit der französischen Demokratie zusammenarbeiten, wie wir zusammenarbeiten bei der Verteidigung Europas gegen den Angriff Deutschlands.

Die Aussprache über Genua entspann sich bei der Erörterung des Etats des Auswärtigen. Von den Gegnern Lloyd Georges wurde als Protest gegen die Außenpolitik der Regierung eine Herabsetzung des Etats beantragt. Dies wurde mit 235 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Die demokratische Gedenkfeier auf dem Hambacher Schloß.

Über die schon kurz gemeldete Feier zum Gedenken an das Hambacher Fest vor 90 Jahren, die sich zu einer außerordentlich eindrucksvollen politischen Kundgebung gestaltete, geben wir noch die folgenden Einzelheiten nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ wieder. Nach warmherzigen Begrüßungsworten von Dr. Rasching sprach Reichsminister a. D. Abg. Koch, der u. a. folgendes ausführte: Vaterlandsliebe und Freiheitsliebe haben unsere Väter hier zusammengeführt. Ein Vaterland, das uns nur Fürsten geschenkt haben, kann niemals unser wahres Vaterland sein. Hier in der Pfalz ist das Gefühl des Reichsbürgertums, das Bewußtsein der eigenen Souveränität des Volkes, fester gewurzelt als irgendwo sonst im Deutschen Reich. Von diesem Gedanken aus befruchtete der Redner unsere Weimarer Reichsverfassung und umreißt dann in knappen Zügen die Reichspolitik und insbesondere die demokratische Politik der letzten drei Jahre. Mit besonderem und immer wiederholtem härmischen Beifall wird der nächste Redner, der Führer der Gaue aus dem Saargebiet, Herr Kaufmann, begrüßt und von Satz zu Satz seiner Ansprache begeistert. Für uns Deutsche an der Saar — so rasi er — besteht keine Grenze zwischen Saargebiet und Pfalz oder Rheinland. Wir sind fleisch von Eurem Fleisch und Blut von Eurem Blut. Euer Leid ist unser Leid, und eure Freude ist unsere Freude. Man hat uns Farben gegeben, wir wissen nicht, was sie bedeuten. Wir kennen nur die Farben Schwarzrotgold. Die bedeuten uns Deutschlands Einheit, Deutschlands Freiheit. Wenn wir in zwölf Jahren abstimmen sollen, dann wählen wir Mann für Mann Schwarzrotgold!

Die beherrschende Rede des Tages hält der badische Staatspräsident Dr. Hummel. Er spricht im Anschluß an die Hambacher Erinnerungen von den großdeutschen Zielen der Demokratie; aber er fährt dann fort: Dieses größere Deutschland ist unser ferneres Ziel. Heute ist das nächste Ziel die Erhaltung des Deutschland, dessen Grenzen im Versailler Vertrag festgelegt sind. Sie wissen, ohne daß ich weiteres sage, was ich meine. Wir haben Sorge genug um dieses nächste Ziel. Genua war eine Etappe auf dem Wege dahin. Die Politik ist die Wissenschaft von der Geduld. Im Innern handelt es sich noch heute wie 1832 um die Durchsetzung der Demokratie. Wenn wir in einem State leben, den wir aufbauen wollen, dann muß auch seine republikanische Form uns ein Symbol sein. Uns Süddeutschen fällt es nicht schwer, das zu begreifen. Gerade aus dem Fest von 1832 müssen wir lernen, daß Deutschland nicht nur, wie viele heute meinen, durch die Wirtschaft wieder aufgebaut werden kann. Der Geist und die Idee baut den Wolkern ein Vaterland auf. Vor dem Aufbau der Wirtschaft kommt der Aufbau des Staates. Die Interessenspolitik immer die schlimmsten Separatisten gewesen. Mit Kraft und Humor wendet sich der Redner gegen alle berufständischen Interessenspolitik. Wir sind nicht in erster Linie Röhrenmacher, Maschinenfabrikanten oder Metallarbeiter, sondern wir sind in erster Linie Deutsche. Volksgemeinschaft, Freiheit und Selbstverantwortung müssen die Richtziele sein. Es ist ein großer Gedanke, daß Deutschlands Wiederaufstieg nicht durch Fürsten und eine Herrenklasse bewirkt wird, sondern durch das Volk selbst.

Nach freundschaftlichen Begrüßungsworten des heftigen Landtagsabgeordneten Obener spricht der Führer des Deutschen Bauernbundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Böhme. Dann erinnert Fraulein Thoma (Speier) mit ergreifenden Worten an die 28 deutschen Männer, die heute noch unter dem Namen von Kriegesgefangenen in Wagnon zurückgehalten werden. Im Namen aller pfälzischen und deutschen Frauen bittet sie die Frauen der ganzen Welt, insbesondere die Frauen Frankreichs, dafür Sorge zu tragen, daß diese Männer ihrer Heimat und ihren Familien zurückgegeben werden. Wie kräftigen und tapferen Worten wendet sich die Rednerin gegen alle Verräter und Separatisten, die von der ganzen Volksgemeinschaft moralisch ausgeschlossen werden müssen, da wir verbindet sind, sie durch andere Mittel auszuschießen.

Die Grüße der Frankfurter Demokratie überbringt Dr. Gohstardt. Als Vertreter der bayerischen Demokratie und

Landestheater.

Erstaufführung: Rabindranath Tagore „Das Postamt“. Neueinspielung: Shakespeares „Komödie der Irrungen“. 6. Vorstellung im Kammertheater.

Die Gelegenheit der letzten Vorstellung im Rahmen des Kammertheaters sei benutzt, um dem Landestheater Dank zu sagen, daß es diesen Zyklus überhaupt eingerichtet hat. Öffentlich bleibt er auch in den künftigen Spielzeiten bestehen. Die Einrichtung ist um so dankbarer zu begrüßen, als die Bühnenverhältnisse hierzu nicht geeignet sind. Otto Julius Bierbaum hat einmal das Kammertheater als Flüstertheater gegenüber dem gewöhnlichen Schmettertheater bezeichnet. Diese launige Benennung trifft den intimen Charakter des Kammertheaters, der ja häufig auch direkt in dem Titel „Intimes Theater“ zum Ausdruck kommt. Dazu bedarf es aber nicht nur der intimen Bühne, sondern auch des intimen Zuschauertraums. Mit Recht mußte man daher eigene Räume, Kammertheater bauen. In Karlsruhe wurde dies in glücklicheren Jahren verkannt, soweit man nicht das Kongresshallenexperiment dahin rechnete. Die Theaterleitung versucht daher, das Mögliche zu erreichen durch Verengung des Bühnenraums. Und es muß anerkannt werden, daß ihre Bemühungen, Intimität der Szenenwirkung zu erzielen, geglückt sind. Sie betätigt damit die Erkenntnis, daß das Theater sich in den Dienst des dichterischen Kunstwerks zu stellen hat, um dessen innenwohnende Wirkungsbedingungen in allen Abhängigkeiten zur Geltung, zur Anschauung zu bringen.

Das unterscheidende Merkmal des Kammertheaters ist sein lyrischer Charakter. Wenn jedes Drama, bei aller Betonung des Eigenwesens alles Dramatischen, epische und lyrische Bestandteile enthält, so sind letztere beim Kammertheater vorherrschend. Weder Nüchternheit noch Erhebung — Hauptrichtungen der Tragödie —, weder Komik noch Humor — Hauptrichtungen der Komödie —, sind sein Hauptziel, sondern reine Stimmungsbildung, die jene anderen Zielrichtungen mitnützen kann. Seine Gefahr liegt darin, daß es über dieser Stimmungsabstimmung eigentlich dramatische vergißt.

Tagores „Postamt“ ist dieser Gefahr nicht entgangen, konnte ihr nicht entgehen, da der Verfasser ebenso wenig Dramatiker ist, wie etwa unsere Romantiker. Mit deren Geistesrichtung zeigt Tagore bestimmte Verwandtschaft, war doch auch andererseits der Zug zum indischen Orient ein romantischer Wesenszug, dem Dichter wie Gelehrte gleichermaßen folgten. Indien bedeutet ihnen „die Periode, in welche die Wurzel der Religion fällt, wo sich Natur und Liebe noch innig durchdrungen haben, die Periode der reinen goldenen Ansäule, der ungeteilten Religion, Philosophie und Kunst.“ Heute streben viele wieder nach diesem Indien. Nach den noch schauerlich in den Ohren gellenden Kriegesfanfaren bezaubern die indischen Friedensschalmeien. Nicht weit von hier hat sich eine Schule der Weisheit aufgetan, die die Lehren der indischen Yoghi uns vertraut machen will. Und dort wurde auch Tagore mit amerikanisch-geschäftstüchtiger Reklame — welcher groteske Gegensatz zu indisch weiser Bescheidenheit! — „ausgestellt“. Aber diese großzügigen Moderscheimungen dürfen uns der Persönlichkeit des Inders gegenüber nicht ungerecht machen. Er wird die Mode überdauern. Ist er der „Tagorismus“ verkörpern, dann wird uns Tagore um so sympathischer, liebenswerter, wertvoller vor Augen stehen, wie seine Gedichte auf mich wirkten, als ich sie vor zehn Jahren in England zum ersten Male zu Gesicht bekam. Ob allerdings seine indische, von der vita activa sich abkehrende Weisheit, die heute in unserer zeitlichen Ermüdung tönende Resonanz findet, uns dauernd richtungswisend bleiben wird, darf mit Arg bezweifelt werden.

Seine weiche, versommene Natur ist am besten in den schwermütigen Kindergeschichten zu erkennen, die uns A. von Puttkamer überliefert hat. Eine solche Kindergeschichte ist auch das Bühnenstück „Das Postamt“ — erschienen im Verlag Kurt Wolff, München —, das den Vergleich mit Gerhart Hauptmanns Dichtung allzu nahe legt, um nicht schon das indische „Ganule“ genannt werden zu sein. An Almal geht uns die Größe jenes Wortes auf: So ihr nicht werdet wie die Kinder, werdet ihr das Reich Gottes nicht schauen. In der zarten Kranzengeschichte offenbart sich Tagore als gütiger Mensch, als Prediger der Liebe, der das wahre Sein nicht in dem wilden Daseinskampf erkennt, der es schaut

in dem allbeseelenden Geiste, dem Alle sich demütig und liebend unterordnen. Es spricht aus dem Spiele jene allen Völkern gemeinsame Sehnsucht nach Befreiung aus dem Kerker dieser harten Welt der Wirklichkeiten, aus dem Leibe dieses Todes, jene Sehnsucht, die in romantischen Zeitaltern die Geburtsstunde verzugelt hatte bedeutet. Der Zug ins Weite, der des Romantikers Schopenhauer treibt, die gläubige Zuversicht auf den Erlöser, die in Hauptmanns Ganule lebt — in Tagores Almal wieder ist Auferstehung. Auch Almal Phantasiwelt wird zur ersichtlichen Wirklichkeit, so daß selbst ein alzu harter, diesseitsgebundener Vorleser von der Glaubensmacht überwältigt wird, daß auch ihm die Traumgestalten Wirklichkeit werden.

„Das Postamt“ ist wirklich kein Drama. Aber es ist so innig dichterisch erlebt, so überwältigend in seiner duffigen Partikeln, daß es, trotzdem es in naiver Bühnentechnik aufgebaut ist, uns in Bann schlägt. Sicher hat Baumbachs feinsinnige Leitung viel dazu beigetragen. Schade, daß es ihm nicht gelang, das Beleuchtungsproblem des zweiten Aktes zu lösen. Davon abgesehen waren die Bühnenbilder von einwandfreier Schönheit, die am Schluß des Spiels unübertrefflich war. Raum, Aufstellung, Farbe, Komposition: Alles bildete eine vollendete Harmonie.

Auch die Einzelleistungen der Darsteller waren hervorragend. Insbesondere sei das visionäre, innig besetzte Spiel von Ganule erwähnt, die höchstens noch eine gewisse Monotonie der Gebärde zu überwinden hat. Ihr gestellte sich die warme, zu Herzen gehende Darstellung des Väterchens durch Hugo Höder zur Seite. Von den Anderen sei noch die edle Verkörperung des Generalarztes durch Fritz Herz genannt. Doch erfüllen die anderen Künstler nicht minder ihre Aufgaben.

Eine grundsätzliche Bemerkung zu Robert Würtner's Nachmann: Er bot eine vollendet schöne stilvolle Kunstleistung; die Silhouette gegen den hellen Hintergrund im Rahmen des Fensters war ein klassisches Gemälde und dieser edlen Stilhaftigkeit waren auch Bewegung und Gebärden angepaßt. Diese wahrhaft künstlerische Darstellung setzte sich aber in direkten Gegensatz zu der Realistik der Figuren, die als Vertreter des täglichen äußeren Lebens die Innenansicht Almal passieren: ich verweil-

Der Landtagsaktion spricht Abgeordneter Dr. Hammer-
schmidt. Er wirft einen Rückblick auf die Geschichte der Rhein-
schloß, die älteste deutsche Land ist. Was uns aufs Ham-
bacher Schloß geführt hat und immer wieder hier heraufgeführt
wird, das ist das Erlebnis: Deutsch ist die Pfalz und deutsch
sind sie immerdar geblieben! Dr. Hammer Schmidt erinnert die
pfälzischen Bauern an ihre alte Leibeigenschaft und Unter-
drückung und an den Ruhporfer Bauernaufstand. Daher noch
ist der Gedanke der Freiheit so stark in der Pfalz. Als Ver-
treter der demokratischen Jugend Deutschlands spricht Stu-
dius Kemmer. Die deutsche Zukunft kann nur auf der na-
tionalen Republik aufgebaut werden. Ein begeistertes poeti-
scher Epilog des Herrn Hartmann (Ludwigshafen) gibt der
Hombacher Gedächtnisfeier in großer Geste ihren Abschluß.
Dazwischen fehlt es nicht an Musik und dem gemeinsamen Gesang
demokratischer und vaterländischer Lieder, soweit diese ange-
sichts der zahlreichen anwesenden französischen Überwachungs-
personen gesungen werden können. Unter den vorlesenen Be-
grüßungstelegrammen weckt besonderen Beifall eines von
deutschen Burschenschaften in Erlangen.

Bei der Begrüßungsfeier am Vorabend sprachen u. a. Herr
Dr. Wirth-Frankfurt, der Enkel des alten Hombacher Demo-
kratenführers und Reichstagsabgeordneter Dr. Koch, der einen
Überblick gab über Deutschlands politische Entwicklung zwischen
1832 und 1922. Wir können daraus nur Einzelnes hervor-
heben: Der Glanz, der von der Kaiserkrone ausstrahlte, war
kein Abglanz durch Worte oder Taten des Trägers der Krone,
sondern er war ein Abglanz, den die großen Leistungen des
deutschen Volkes geschaffen hatten. Das wird heute leider so
vielfach vergessen. Wenn die Monarchisten uns heute nur noch
eine demokratische Monarchie in Aussicht stellen, so ist das
eine Illusion. Eine Monarchie, die bloß auf einer parlamen-
tarischen Mehrheit beruht, ist unmöglich; sie kann jeden Tag
zur Minderheit werden. Die Monarchie hat niemals auf der
effektiven Macht, sondern nur auf dem Glauben an die Macht
der Krone beruht. Dieser Glaube ist in Deutschland ein für
allemal geschwunden. Die Monarchie ist entzaubert und daher
für Deutschland nie wieder möglich. Uns kann kein Wunder
mehr helfen, nur das Volk selbst kann Deutschland noch retten.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag erlebte in seiner gestrigen Sitzung, zu
deren Beginn Präsident Loebe dem plötzlich verstorbenen Zen-
trumsabgeordneten Raden einen Nachruf widmete, die Verlän-
gerung der Reichsfinanzordnung in allen drei Lesungen und
beriet sodann in zweiter Lesung den Haushalt des Reichstags.
Nach längerer Debatte wurde eine Entschließung der Deut-
schen Volkspartei auf Gewährung einer Ausgleichszulage für
die Reichstagsbeamten sowie eine kommunalistische Entschlie-
ßung auf ihre Besserstellung angenommen und der Etat ge-
nehmigt, ebenso das Staatsgesetz, die Gesekentwürfe über die
Ausprägung von Grotgeld, die Besteuerung der Beamten-
dienstwohnungen und die Verordnung über die Preiserhöhung
von Elektrizität, Gas und Wasser. — Heute mittag 1 Uhr:
Dritte Lesung des Haushalts.

Anspachs Pariser Echo.

Unter dieser Überschrift schreibt „Eing“ in der „Wst. Stg.“:
Die französische Presse hat über den Fall Anspach sehr
lange und ausdrucksvoll geschrieben. Endlich unternimmt
das „Echo de Paris“ die Aufgabe, die Wirkung dieses Schwe-
gens in einem sehr ausführlichen Artikel abzuzeichnen.
Da wirft es denn zunächst die Frage auf, ob Anspach über-
haupt existierte. Denn die Beschaffung so viel verschiedener
Antikpapiere und -stempel sei ohne die Hilfe der deutschen
Dienststellen denn doch wohl unmöglich; und erst recht un-
wahrscheinlich sei, daß er diese Kollektion kompromittierender
Papiere sorgfältig genug aufbewahrt habe, um sie in die
Hände der Polizei fallen zu lassen. Außerdem habe weder
die französische, noch die politische Regierung von Anspachs
Dokumenten Gebrauch gemacht. Denn er war nicht
der einzige Lieferant von Informationen und — unter der
Voraussetzung, daß er überhaupt existierte — er war dem ver-
bündeten Informationsdienst, lange vor der Entdeckung der
Berliner Polizei, als Fälscher bekannt.
Seinen ganzen Scharfsinn bietet das Blatt auf, um zu er-
klären, zu welchem höheren Ziele die Sagenhaftigkeit des An-
spachs erfunden sei: Die deutsche Regierung wolle damit den
Nachweis führen, daß Deutschland abgerüstet habe, daß es
an keinen Nebankkrieg denke, daß die Schutzpolizei militä-

risch nicht zu verwenden sei, daß die früheren Kriegsteilneh-
mer lediglich zu gemühten Trinkerereien zusammenkämen, daß
die Jugend in verführerischen Geistes erzoget werde, und daß
der Vertrag von Versailles der Katechismus für jeden guten
Deutschen sei.

Das „Echo de Paris“, das doch vom Gegenteil all dieser
Dinge überzeugt ist, will also seine Leser glauben lassen, die
deutsche Regierung habe durch (den erfundenen) Anspach ob-
jektive richtige Daten den verbündeten Regierungen zufließen
lassen, um durch die angebliche Entlarvung des Fälschers
die Wahrheit unwahrscheinlich erscheinen zu lassen. Eine ver-
flücht raffinierte Regierung, die Deutsche. Freilich nicht ganz
so raffiniert wie das „Echo“, dessen Beweisführung man fol-
gendermaßen zusammenfassen kann:

1. Anspach existiert nicht, 2. er ist eine Erfindung der deut-
schen Regierung, 3. die verbündeten Regierungen haben sich
seiner Dokumente nie bedient, 4. man hat in Paris schon
früher als in Berlin gewußt, daß Anspach ein Fälscher ist —
und 5. beruht alles, was Anspach durch seine Dokumente bei-
gebracht hat, auf Wahrheit.
Quod erat.

Badische Uebersicht.

Eine Rede des badischen Staatspräsi- denten.

N.-S. Karlsruhe, 26. Mai.

Auf der Landesversammlung der deutsch-demokra-
tischen Partei Badens hat deren Führer, Staatsprä-
sident und Kultusminister Dr. Hummel, eine Rede gehalten,
die nicht nur für die badische Bevölkerung, sondern auch für
die Politiker außerhalb Badens manches Interessante enthält.
Vor allem hat sich der Staatspräsident dabei in bemerkens-
werter Weise zur Frage des Föderalismus ausgesprochen.

Er hat erklärt, daß die badische Politik, und zwar die aller
Richtungen und aller Parteien, „auf dem Boden einer ge-
sunden föderalistischen Auffassung stehe“. Mit Nachdruck
ist hierunter das Wort „gesund“ hervorzuheben. Der Staats-
präsident versteht unter einer gesunden föderalistischen
Politik eine Politik, die die berechtigten Sonderinteressen und
die berechnete Eigenart der einzelnen Länder wahrt, gleich-
zeitig aber treu und unentwegt zum Reiche hält. Eine Politik,
die durch übertriebenen Föderalismus, also durch Par-
ticularismus, die Reichseinheit gefährden könne,
werde Baden niemals mitmachen. Geiß habe
man auch in Baden mancherlei Bedenken gegenüber Maß-
nahmen, die von Berlin ausgehen. Aber die guten Bezieh-
ungen zum Reich und zur Reichsregierung, die auf einem
wirklichen innerlichen Verhältnis zueinander beruhen, seien
niemals durch diese Bedenken ernstlich gefährdet worden.

Im Rahmen dieser Erklärung wußte dann die weitere Fest-
stellung, daß heute eine besonders enge Zusammen-
arbeit zwischen der badischen, württembergischen
und bayerischen Regierung bestehe, ge-
wertet werden. Diese Zusammenarbeit richtet sich nicht und
kann sich nicht richten gegen das Reich. Sie ist
notwendig geworden allein durch die Tatsache, daß eben eine
ganze Reihe von Interessen für die süddeutschen Länder ge-
meinsam sind. Gemeinsame Interessen legen aber auch ein
gemeinsames Operieren nahe. Nicht mit Unrecht hat der
Staatspräsident gesagt, daß es sehr gut gewesen wäre, wenn
schon in früheren Zeiten, unter dem alten System, die Mini-
ster der süddeutschen Länder zusammengekommen wären und
sich ausgesprochen hätten. Auch wir stimmen dieser Ansicht
rückhaltlos zu. Es hat in der Tat bis zu den Tagen des Zu-
sammenbruchs bei uns im Süden an einem wirklich bedeuten-
samen Gegengewicht gegenüber der Berliner Politik gefehlt.
Und das war um so bedauerlicher, als es bekanntermaßen

genügend klare Köpfe im Süden gegeben hat, die das Unheil
herankommen sahen, das uns von der Politik der kaiserlichen
Regierung in Berlin drohte. Aber es bestand damals nicht
die Möglichkeit, diese Männer zu einem einheitlichen Vorgehen
zusammenzufassen. Gätte sie bestanden, so wäre vielleicht man-
ches anders gekommen. Von jetzt ab wird es also Aufgabe
der süddeutschen Länder sein müssen, darauf zu achten, daß
im Gesamtbetriebe der deutschen Politik die
größere politische Erfahrung des Südens, von
der man ruhig und ohne jede Überhebung sprechen kann, mit
genügender Stärke zur Geltung gelangt.

Was der Staatspräsident über die innere Politik Ba-
dens gesagt hat, gipfelt in einem erneuten Bekenntnis
zu der bisherigen Politik der Koalitionsre-
gierung. Diese Politik war nach der Überzeugung des
Staatspräsidenten gut. Und er erblickt den besten Beweis
dafür in der Tatsache, daß sich im Landtag eine wirk-
same Opposition nicht entfalten konnte. Die
Oppositionsparteien haben im wesentlichen verständig mit-
gearbeitet. Dr. Hummel bezeichnet dies ausdrücklich als eine
Lehre für diejenigen Mitglieder der Deutschdemokratischen
Partei, die es gelegentlich für ratsam erachten, auch in die
Opposition zu treten. — Die Deutsche Volkspartei hat
im Landtag der Vertrauensklärung für die badische Regie-
rung zugestimmt. Die Deutschdemokratische Partei ist ihrer-
seits bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben
bereits mehrfach an dieser Stelle auseinandergelegt, daß es
lediglich an der Deutschen Volkspartei liegt, wenn diese Konse-
quenzen praktisch noch nicht gezogen werden konnten.

Was die von der äußersten Rechten und von der äußersten
Linken drohenden Gefahren betrifft, so schätzt der Staatsprä-
sident die kommunistische Gefahr zurzeit als die
größere ein, und er meint, daß dies auch von Einfluß auf
die Politik sein müsse.

Zur Frage der Bildung einer sogenannten „bürgerlichen
Einheitsfront“ hat Staatspräsident Hummel in seiner
Eigenschaft als Parteiführer in der Weise Stellung genom-
men, daß er erklärte, er sei grundsätzlich ein Freund der bür-
gerlichen Einheitsfront, praktisch würde er sie aber ableh-
nen, wenn sie lediglich eine Stärkung der
Rechtsparteien bedeuten sollte. Und er hat in
diesem Zusammenhang das Wort ausgesprochen: „Die Demo-
kratie hat durch die Erfahrung gelernt, daß, wenn man der
Reaktion Konzessionen macht, man von ihr aufgefressen wird.“
Ein gutes Wort, das nicht nur für Baden gilt!

Badischer Landtag.

Die Mißschulden von oberbadischen Gemeinden.

Die in den letzten zwei Nummern der „Karlsruher Zeitung“
abgedruckte Vorlage der badischen Regierung wurde gestern
im Haushaltsausschuß beraten. Berichterstatter war Abg.
Marum (Soz.). Er gab ein übersichtliches Bild über den
ganzen Stand der Angelegenheit, die zu dem Abkommen ge-
führt hat, es handle sich um eine Kriegsklast. Die Gemeinden
hätten vorläufig nicht bezahlen, aber sie blieben die Schuld-
ner.

In der Aussprache gingen die Redner auf die Einzelheiten
der Vorlage ein. Die Mehrzahl von ihnen stimmte zu. Die
Regierung griff wiederholt in die Debatte ein. Auch auf die
Mißschulden und die sonstigen Privatschulden der Schwieg-
gegerüber wurde hingewiesen. Eine Abstimmung fand jedoch
nicht statt, da die Fraktionen sich darüber noch schlüssig werden
wollen.

Die Tagesordnung für die nächste öffentliche Sitzung,
welche am Mittwoch, 31. Mai, stattfindet, ist wie folgt fest-
gestellt worden:

I. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Ver-
ratung über 1. den Gesekentwurf über die zweite Änderung des
Besoldungsgesetzes vom 22. März/29. Juli 1921, Berichtstat-
ter Abg. Dr. Baumgartner; 2. den Gesekentwurf über die Er-
höhung des Feuerungszuschlags vom 1. Mai 1922 an, Bericht-
erstatter Abg. Dr. Baumgartner; 3. den Staatsvoranschlag
für die Rechnungsjahre 1922 u. 1923 Hauptabteilung VI: Mi-
nisterium des Kultus und Unterrichts Ausgabe Titel IV und
Einnahme Titel II: Wissenschaften und Künste samt Gesuchen
der Stadträte Mannheim und Freiburg um Staatszuschüsse
an das National- bzw. Stadttheater, der Altpensionäre und
Hinterbliebenen von Mitgliedern des ehem. Hoftheaters in
Karlsruhe um Erhöhung ihrer Bezüge, des Verbands bad.
Arbeiterbildungsvereine, Anträge der Stadttheater von Frei-
burg und Konstanz um Staatszuschuß betr., Berichterstatter
Abg. Marum, und damit in Verbindung: die Anträge der Ab-
geordneten a) Dr. Hanemann und Gen., Staatsbeitrag für
das Nationaltheater in Mannheim betr., b) Straub und Gen.,
Staatsbeitrag für das Freiburger Stadttheater betr., c) Herle
und Gen., die Streichung der für das Landestheater Karls-
ruhe im Voranschlag 1922/23 vorgesehenen Mittel betr., d) Dr.
Perfurth und Gen., Staatsbeitrag für das Stadttheater Kon-
stanz betr., e) Dr. Mattes und Gen., die Verbreiterung guter
Kunst in den Städten ohne Theater und auf dem Lande betr.

II. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und
Verwaltung und Beratung über 1. den Antrag der Abg. Ma-
rum und Gen., die Zuteilung des ehemaligen Truppenübungs-
platzes Heuberg zu dem Verwaltungsgebiet des badischen Lan-
desfinanzamts betr., Berichterstatter Abg. Herle; 2. das Ge-
such des bad. Städtebundes, die Änderung des Jagdgesetzes
betr., Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg.

III. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Ver-
ratung über den Gesekentwurf über die Übernahme einer
Bürgschaft für die Rückzahlung der von der Reichsregierung
den Gemeinden Kleinlaufenburg, Nollingen-Badisch-Rheinfel-
den, Waldshut, Lörrach, Brombach, Säckingen, Singen, Mügg,
Rastatt und Konstanz für die Abdeckung ihrer Mißschulden zu
gebenden Darlehensbeträge sowie die Beteiligung des Landes
Baden an diesen Darlehen in gleicher Höhe wie das Reich,
Berichterstatter Abg. Marum.

IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anträge
der Abg. Dr. Hanemann und Gen., Maßnahmen gegen eine
Überflutung badischer Landesstellen durch valutarstarke Auslä-
nder betr.

Eine Entschlieung des Bad. landwirt- schaftlichen Vereins.

Der Gesamtvorstand des Badischen Landwirtschaftlichen Ver-
eins hat in einer Versammlung am 22. ds. Mts., bei der alle
Gauverbände des Landes vertreten waren, die folgende Resolu-
tion angenommen:

nur auf den vorhergehenden Wildmann Baumbachs und den
folgenden Dorfvorsteher Wendts. Die Realität dieser Figuren
ist notwendig, um das Problem des Stüdes, das Erscheinung-
swelt und Sinnenwelt einander gegenüberstellt, zur künstlerischen
Aufscheidung zu bringen. Wir erleben daher an Wirtners
Wachmann, daß eine an sich vollendete Kunst im Rahmen der
Gesamtaufstellung stillwirkt, verfehlt ist. Hier hätte der Re-
gisseur Gelegenheit zum Eingreifen gehabt. Im ganzen aber
können wir uns freuen, daß und wie das Landestheater uns
die Kenntnis des weitverbreiteten indischen Propheten vermit-
telt hat. Neue Wahrheiten hat er uns nicht gesagt, aber er hat
sich als besessener Wortkünstler und als feinsinniger Seelen-
künstler offenbart.

II.

Dem Vorgange der Berliner Volksbühne folgend,
schickte Baumbach dem verstorbenen Märchenpiel Shale-
peares tolle Verwechslungsspiele „Komödie der
Irrungen nach. Nach dem Gesetze der Kontrastwirkung
sahnen sicher auch die Zuschauer ihre Verwirrung, denen
das Schlußspiel des Jnders verschlossen blieb. Die „Ko-
mödie der Irrungen“ ist, wie auch noch die unbehel-
tene, epische Exposition zeigt, eines der Erstlingsstücke
Shakespeares. Das Vorbild sind des Plautus Menäch-
men. In dieser Komödie gibt es keine Unwahrscheinlich-
keit, da ja nichts als wahr scheinen will. Die Komödie bedarf
nicht der fadenförmigen Erklärung rationalistischer Litera-
turwissenschaftler, daß unter Zwillingen erstaunliche Ähnlichkeit
leicht möglich sei. Gerade daß wir natürlich, verstandes-
mäßig begreiflichen Mitteln in einer Sprache laboriert wird,
der alles Wirklichkeitswahrheit, Empirische fremd ist, schafft
das Komödienstück. Shakespeare hat mit angeborenem Theater-
blut diesen allogischen Kontrast noch unterstrichen, in-
dem er dem Herren-Zwillingenpaar noch ein Diener-
Zwillingenpaar zugefügt, um damit die Zahl sich überstürzen-
der Verwechslungssituationen noch zu steigern, wobei er auch
wieder auf ein plautinisches Vorbild — den Amphitruos —
zurückgriff. Aus dem Apollonius von Thrus hat
er den Schlußspiel Epheus und die romantisch ruhrende Ge-
schichte des Elternpaares entnommen. Durch solche Erwei-
terungen hat er das plautinische Stück von 1140 Versen um
über die Hälfte vermehrt; trotzdem ist die Komödie der
Irrungen kein längeres Stück.

Es ist daher mit Recht jetzt üblich geworden, die Komödie in
schnellem Tempo herunterzuspielen ohne je den Vorhang fal-
len zu lassen. Baumbach folgte diesem Brauche und hat
damit einen wohlverdienten vollen Erfolg davongetragen.
Wühnenbild, Beleuchtung und vor allen Dingen wieder die

Kostüme waren von bester künstlerischer Wirkung, ebenso aber
das Spiel der Darsteller, das von sorgfamer Leitung Zeugnis
ablegte.

Die beste Leistung bot zweifellos das Dienerpaa und von
ihnen wieder der erschütternd komische Paul Müller. Da-
gegen trat das Herrenpaar zurück, wo weder Endlein noch
Dahlen ihren Vollencharakter überzeugend gestalten konn-
ten. Immerhin fügten sie sich dem Gesamtbild nicht störend
ein, und dies bedeutet ein Lob angesichts der Schwierigkeit
ihrer Rollen. Trachtmoll dagegen wirkten in ihrem gegen-
seitigen Kontrast die beiden Schwestern, wobei Melanie Er-
marth ebenso vollendet die eiferfüchtige Frau —, der Re-
gende nach soll dazu des Dichters Frau Modell gestanden
haben —, gab, wie Maria Moeller, die entzückend aus-
sah, die innige Luciana, jene Wortfuge der innigsten Frauen-
gestalten Shakespeares. Aus der großen Zahl der übrigen
Darsteller sei nur noch der würdige König Paul Paschens
erwähnt.

Der letzte Kammerspielabend bildet einen vollen künstle-
rischen Erfolg unseres Landestheaters. Prof. Dr. K. Soll.

Der Einstein-Film.

Die „Badischen Wochenspiele für Schule und Volkshildung“,
die im Kongresshaus wertvolle und allgemein belchrende Film-
vorführungen veranstalten, haben sich ein besonderes Verdienst
um die wissenschaftliche Öffentlichkeit dadurch erworben, daß
sie Einsteins Relativitätstheorie im Film vor-
führen ließen. Das Unternehmen darf als vollkommen gelun-
gen bezeichnet werden. In sechs Abteilungen wurden uns in
kinematographischer Darstellung die Voraussetzungen und die
Grundlagen der Einsteinschen Theorie vor Augen gestellt.
Und wenn es überhaupt möglich ist, dem mathematisch nicht
gebildeten Laien einen Begriff von dieser unumwandelbaren The-
orie zu verschaffen, so war diese Möglichkeit hier gegeben.
Unterstützt wurde die unmittelbare Wirkung des Films durch
einen erklärenden Vortrag, den Privatdozent Dr. Kalbus
aus Frankfurt a. M. dazu hielt. Auch dieser Vortrag hat
Anspruch auf unsere dankbare Anerkennung. Dr. Kalbus
sprach ungemein feisellend und ungemein klar. Bei der uner-
träglichsten Hitze, die vorgelesen herrschte, war dieser mehr als
zweifelhafte Vortrag wahrlich keine Kleinigkeit. Umso mehr
haben wir Veranlassung, dem Redner zu danken. Erfreulich-
weise war diese Vorführung sehr gut besucht. Wir sind über-
zeugt, daß kein Zuhörer ohne Bereicherung seines Wissens nach
hause gegangen ist.

Wir erheben im Namen des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins und seiner Mitglieder Einspruch gegen jede Vergewaltigung der landwirtschaftlichen Produktion durch Zwangsverfassung von Erzeugnissen. Insbesondere verlangen wir die völlige Entlastung des Getreidebauers von allen Zwangsmahngeln.

Sollte die Reichsregierung entgegen dem Verlangen aller getreidebauenden Landwirte, an der Broffruktumlage festhalten, so müßte die Preisbildung für das Umlagegetreide den allgemeinen Marktpreisen angepaßt werden. Eine weitere einseitige Belastung der Landwirtschaft, wie sie die bisherigen Zwangsgetreidepreise darstellten, müssen die Getreidebauern mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

• Nr. 38 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Ministeriums des Innern; der Tarif der von den badischen Armenverbänden gegenseitig zu erhaltenden Armenpflegekosten; das Gebammenwesen; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts; die Prüfungsordnung für das höhere Lehramt.

Verkehrshinweise.

Aufgehoben ist Annahmeperrre für Frachttüchtigkeit nach Köln Rail Nord Umladestelle, Köln Gereon Ort und Umladestelle sowie nach Halle (Saale).

Badische Gemeindegewinnung.

DZ. Schopfheim, 26. Mai. Im Bürgerausschuß fanden am Mittwochabend die gemeindegewinnungsbefugten einmütige Zustimmung, obwohl sie bedeutende finanzielle Aufwendungen bedingen. Begrüßenswert ist, daß für die so notwendige Erweiterung des bisher unzulänglichen öffentlichen Schwimmbades 300 000 M. ausgeschrieben sind. Sodann wurde für 50 000 M. ein der Brauerei Niegel gehöriges Grundstück in der Wehrerstraße erworben, auf welchem ein Wohngebäude für Beamte erstellt werden soll. Für den Neubau der Ortskrankenkasse ist seitens der Stadtgemeinde eine Bürgerschaft von 600 000 M. übernommen worden. Die von der oberbadischen Wohnungsbau-Gesellschaft angestrebte Wohnungsbautätigkeit, die einen Siedlungsplan mit 72 Wohnungen vorsieht, stößt auf gewisse Schwierigkeiten, weil es sehr schwer fällt, die notwendigen Grundstücke zu erwerben, so daß teilweise zu Enteignungen geschritten wird.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Lotterie zugunsten des Thüringer Museums in Eisenach betreffend.

Dem Thüringer Museum in Eisenach wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 20 000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten des Thüringer Museums, 5. Reihe, 1. Gruppe — Preis des Loses 3,333 M. sowie 66,666 Pf. Reichs-

Kempelabgabe, Ziehung 12. und 13. Oktober 1922 — im badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 20. Mai 1922.

Ministerium des Innern.

Kemmelé.

Schmidt.

Bekanntmachung.

Die Konstanzer Münsterbau-Lotterie betr.

Dem katholischen Münsterbauverein in Konstanz wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Konstanzer Münsterbau-Lotterie in 5 Reihen erteilt. Bei der 1. Reihe sollen 2771 Geldgewinne und 1 Prämie im Gesamtbetrag von 120 000 M. ausgeschüttet und 36 400 Lose, das Stück zu 4,166 M. und 83,333 Pf. Reichskempelabgabe, ausgegeben werden.

Ziehungstag: der 6. Oktober 1922.
Karlsruhe, den 18. Mai 1922.

Ministerium des Innern.

Kemmelé.

Schmidt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Versetzt:

Die Justizobersekretäre Ludwig Schwaiger beim Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft daselbst und Anton Marquard bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Amtsgericht daselbst.

Entlassen auf Ansuchen:

Staatsanwalt Dr. Heinrich Grafer in Vorrach, Justizobersekretär Wilhelm Ehret beim Rotariat Lahr.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Den Bibliothekar Dr. Hermann Hinte an der Universitätsbibliothek Heidelberg zum Oberbibliothekar, den außerplanmäßigen Bibliothekar Hauptmann a. D. Dr. Astan Westermann an der Universitätsbibliothek Heidelberg zum planmäßigen Bibliothekar, den außerordentlichen Professor an der Universität Berlin Lic. Theol. D. Willy Lüttge zum ordentlichen Professor für systematische Theologie und Religionsphilosophie an der Universität Heidelberg.

Rektor des Vorseminars Laubersbachsheim, Professor Wilhelm Grein, zum Direktor der Realschule Laubersbachsheim, Professor Dr. Joseph Enderle an der Höheren Bürgerschule in Hornberg zum Vorstand dieser Anstalt;

zu Professoren: die Lehramtspraktikanten: Friedrich Gisinger aus Basel am Gymnasium in Durlach, Joseph Schas aus Mannheim am Gymnasium in Mannheim und Dr. Ernst Wiedens aus Wiesloch am Realgymnasium mit Realschule in Weinheim, Dr. Ernst Bender von Sumpfböden an der Oberrealschule in Karlsruhe.

Berufen: dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Ernst Wille die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Berufen:

die Professoren: Dr. Erich Wecht am Gymnasium in Durlach an jense in Karlsruhe, Dr. Albert Daur an der Oberrealschule in Baden an das Gymnasium in Heidelberg, Dr. August Gaffner an der Höheren Mädchenschule in Heidelberg an die Höhere Bürgerschule in Hornberg, Ferdinand Gerbass an der Realschule in Oberkirch an jene in Achern, Dr. Anton Strigel an der Realschule in Singen an jene in Oberkirch, Karl Reug am Realgymnasium mit Realschule in Weinheim an die Realschule in Singen.

Hauptlehrer Franz Meyer in Diellingen, Amts Waldshut, in gleicher Eigenschaft nach Wagenstadt, Amt Emmendingen.

Zurückgesetzt:

Professor Gustav Spath am Verthold-Gymnasium in Freiburg auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Entlassen auf Ansuchen:

den ordentlichen Professor für systematische Theologie an der Universität Heidelberg Dr. Georg Wobbermin, den ordentlichen Professor der Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. Herbert von Wederath, den Professor Dr. Gottlob Ehret an der Oberrealschule in Pforzheim.

Die Evang. Kirchenregierung hat mit Entschiedenheit vom 2. Mai d. J. den Pfarrer Georg Sager von Kuppenheim auf sein Ansuchen auf 1. Juni 1922 in den Ruhestand versetzt.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Regierungsrat Otto Kleinholdt beim Finanzministerium in Karlsruhe zum Finanzrat, Eisenbahnbauinspektor Franz Beder in Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Mai 1922 zum Finanzinspektor bei der Landesbaukasse, Werkführer Heinrich Verbold in Rappennau zum technischen Assistenten, Kanzleigehilfe Karl Jenes beim Finanzministerium in Karlsruhe zum Kanzleiaffistenten.

Finanzinspektor Albert Schläger bei der Landesbaukasse in Karlsruhe zum Finanzoberinspektor.

Abertragen:

dem Forstmeister Wilhelm Hillen in Willingen das Forstamt Wendlingen, dem Forstmeister Friedrich Cadenbach in Wiesloch das Forstamt Waben und dem 2. Beamten der Forstverwaltung Forstamtmann Dr. Ing. Max Seeger unter Ernennung zum Forstmeister das Forstamt Emmendingen.

Abernommen:

Eisenbahnbauinspektor Mathias Karosch in Müllheim unter Versetzung zum Domänenamt Karlsruhe mit der Amtsbezeichnung Finanzobersekretär.

Versetzt:

Forstamtmann Gildardus zum Forstamt Karlsruhe-Nord.

Gestorben:

Leopold Meinmuth, zurückgesetzter Oberreallehrer, zuletzt an der Elisabethschule in Mannheim.

Badisches Landestheater.
Samstag, 27. Mai. 7-9 1/2 Uhr. 55 Mk.
Der Ring des Nibelungen. Vorabend.
Das Rheingold.
Sonntag, den 28. Mai.
Landestheater. 7-9 1/2 Uhr. 60 Mk.
Der Ring des Nibelungen.
Konzertthaus. 7-10 Uhr. 21 Mk.
I. Tag.
Die Walküre. Im weißen Rössl.

Badisches Landestheater.
Im Landestheater. Die 30. Volksbühne. J. 3. Martha. 7. (50.00.) — Mi. 31. Der Ring des Nibelungen. II. Tag. Siegfried. 5. (50.00.) — Do. 1. Juni.* Abonn. C 4. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. (30.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2301-2550. — Fr. 2.* Abonn. B 4. Die Fledermaus. 7. (50.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-200. — So. 4. Der Ring des Nibelungen. III. Tag. Götterdämmerung. 4. (50.00.) — Mo. 5. Der Freischütz. 6 1/2. (50.00.) Die 6.* Abonn. C 4. Im weißen Rössl. 7. (30.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2551-2800.
Im Konzertthaus. So. 28.* Im weißen Rössl. 7. (21.00.) — Mi. 31. Volksbühne. M 4. Der Kaufmann von Venedig. 7. — So. 4.* Liselott von der Pfalz. 7. (25.00.) — Mo. 5.* Börsenlieber. 7. (25.00.)
Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 27., nachmittags 1/2, 4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 29. an.

Dresdner Bank
Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-
Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-
R. 959

Technika G. m. b. H., Darmstadt
Telephon 317. Büro: Bleichstraße 26.
Aus direkten Importen liefern laufend ab Lager Darmstadt: Benzol, Benzol, Autotreibstoff, Petroleum, sämtliche Sorten Automotoren, Bohr-, Vaseline, Fußbodenöle, Maschinen- u. Stauffette, Leinöl und Leinölfirnis, sowie sämtliche Chemikalien.
Vertreter gesucht.

Große Festhalle
Donnerstag, den 1. Juni, 8 Uhr
zugunsten der Tuberkulosen-Fürsorge für den Mittelstand
Wohltätigkeits-Konzert
veranstaltet vom Bad. Frauenverein.
Mitwirkende: Karlsruher Chorgemeinschaft (Bachverein, Motettenchor, Lehrgesangverein), Karlsruher Lehrergesangverein (als Männerchor), Karlsruher Bläservereinigung (Spittel, Kämpfe, Spranger, Gierschner, Wenke), Prof. Heinrich Kaspar Schmid (Klavier), Dr. Karl Brückner (Violine), Gertrud Braun (Sopran).
Musikalische Leitung: Heinrich Kaspar Schmid.
Karten zu Mk. 50.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.- und 10.- (einschl. Steuer u. Einlaßgebühr) bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft.
68. (64. ordentliche) General-Versammlung.
Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Mittwoch, 21. Juni ds. Js., vorm. 11 Uhr,** im Geschäftsgebäude der Gesellschaft, Kleiner Hirschgraben 14 in Frankfurt a. M. stattfindenden **68. (64. ordentlichen) General-Versammlung** eingeladen.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Berichts des Aufsichtsrates und der Revisoren über die Jahresrechnung und Vermögensaufstellung. Beschlußfassung über die Vermögensaufstellung, die Gewinnverteilung und die Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
2. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
3. Wahl der Revisoren und Ersatzrevisoren.
Die Aktionäre wollen sich behufs Teilnahme bis spätestens den 17. Juni ds. Js. unter Angabe der auf ihrem Namen in dem Aktienbuch eingetragenen Aktien in den Geschäftsräumen der Gesellschaft anmelden und die hiernach auszufertigenden Eintrittskarten in Empfang nehmen.
Die Anmeldung und Empfangnahme der Eintrittskarten kann auf Wunsch von Aktionären auch durch Vermittlung der Zweigniederlassung des Deutschen Börsenvereins in Karlsruhe geschehen.
Frankfurt a. M., den 24. Mai 1922.
Der Vorstand.

Charakter-
20 Zeilen in Zinte gefärbt.
Markt 6.60 R. 545b
Grapholog. Institut
R. G. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Metallbetten
Stahlmatt. Rinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R. frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Arterien-Verkalkung
Gicht/Gelenkrheumatismus/Steinleiden ist heilbar. 19 Prospekte gratis.
Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

Deutscher Rhönix
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M.
86. (77. ordentliche) General-Versammlung.
Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Mittwoch, 21. Juni ds. Js., vorm. 11 1/2 Uhr,** im Geschäftsgebäude der Gesellschaft, Kleiner Hirschgraben 14 in Frankfurt a. M. stattfindenden **86. (77. ordentlichen) General-Versammlung** eingeladen.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Berichts des Aufsichtsrates und der Revisoren über die Jahresrechnung und Vermögensaufstellung. Beschlußfassung über die Vermögensaufstellung, die Gewinnverteilung und die Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
2. Abänderung des § 2 der Satzungen in redaktioneller Bezeichnung.
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Wahl der Revisoren und Ersatzrevisoren.
Die Aktionäre wollen sich behufs Teilnahme bis spätestens 17. Juni ds. Js. unter Angabe der auf ihrem Namen in dem Aktienbuch eingetragenen Aktien in den Geschäftsräumen der Gesellschaft anmelden und die hiernach auszufertigenden Eintrittskarten in Empfang nehmen.
Die Anmeldung und Empfangnahme der Eintrittskarten kann auf Wunsch von Aktionären auch durch Vermittlung unserer Zweigniederlassung Karlsruhe geschehen.
Frankfurt a. M., den 24. Mai 1922.
Der Vorstand.

Bürgerl. Rechtspflege
1. Streilige Gerichtsbarkeit.
R. 540.2 Karlsruhe.
Die Ehefrau des Goldschmieds Wilhelm Ohnmacht, Lisette geb. Hoffäh zu Pforzheim, Gymnasiumstraße 141, Pforzheim, hat gegen ihren gem. Ehemann, zuletzt in Pforzheim, z. N. unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß er die Klägerin am 14. Juni 1904 verlassen, sich nicht mehr um sie und die Kinder bekümmert und ihnen insbesondere keinen Unterhalt gewährt habe, mit dem Antrage auf Scheidung der am 17. Mai 1902 geschlossenen Ehe aus Verschiedenheit der Gemütsarten des Beklagten u. Verurteilung des Beklagten in die Kosten.
Die Klägerin läßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkam-

mer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Freitag, den 22. September 1922, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, 22. Mai 1922.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.

R. 562.2.1. Oberkirch. Die Maria Hermann, ledig in Oppenau, hat beantragt, den verstorbenen Hermann Hermann, geb. am 24. April 1847 in Oppenau, zuletzt wohnhaft in Oppenau, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf: **Donnerstag, 8. Februar 1923, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht Oberkirch anzurenden Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Oberkirch, 20. Mai 1922.
Bad. Amtsgericht.

Berufsbene Bekannmachungen
Steinlieferung zum Rheinbau.
Das badische Rheinbauamt Offenburg bezirgt die freie Lieferung von 1750 cbm Rheinbausteinen auf Grund der Verordnung des Finanzministeriums v. 8. Januar 1907. Lieferungsbedingungen u. Angebotsvorbrücke liegen beim Bauamt und bei den Dammeistern in Offenheim, Reß und Freistett auf. Angebote längstens bis **Mittwoch, den 31. Mai d. J., vorm. 11 Uhr,** mit der Aufschrift Steinlieferung an das Bauamt.